

// LANDESVORSITZENDE //

GEW Sachsen • Nonnenstraße 58 • 04229 Leipzig

Sächsisches Staatsministerium für Kultus
Herr Staatsminister Christian Piwarz
Carolaplatz 1, Westflügel
01097 Dresden

- per Mail -

Leipzig, 19. November 2021

UK/BL

Telefon: 0341 4947-412

Fax: 0341 4947-406

E-Mail: vorsitzende@gew-sachsen.de

Sehr geehrter Herr Staatsminister Piwarz,

angesichts der dramatischen Infektionslage in Sachsen und angesichts des erschreckenden Echos in den Bildungseinrichtungen hat die GEW Sachsen entschieden, die Vorbereitungen für Warnstreiks im Schulbereich einzustellen.

Diese Entscheidung ist unser Beitrag zur Bewältigung der aktuell außerordentlich schwierigen Situation im Bildungsbereich.

Wir erwarten von der Landesregierung nun im Gegenzug, dass sie sich dafür einsetzt, dass die Arbeitgeberseite die derzeit völlig unnötigen Rituale aufgibt und ein akzeptables Angebot in der aktuellen Tarifrunde unterbreitet. Zurückhaltung nach einem Scheitern der dritten Verhandlungsrunde sichern wir nicht zu.

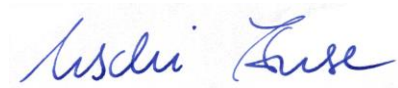
Um ihrer Verantwortung für die Gesundheit der Beschäftigten an den Schulen sowie für die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärker nachzukommen, muss die Landesregierung aus unserer Sicht nicht nur in anderen gesellschaftlichen Bereichen konsequentere Einschränkungen vornehmen und die Gesundheitsämter in die Lage versetzen, zeitnah und einheitlich zu handeln. Auch der Schutz vor Infektionen in den Bildungseinrichtungen selbst und auf dem Weg zu und von ihnen muss dringend erhöht werden. Da die Immunisierung vieler Lehrerinnen und Lehrer wegen der Priorisierung im Frühjahr oder wegen des Lebensalters nachlässt, fordern wir als ersten Schritt das SMK dazu auf, den betriebsmedizinischen Dienst mit sog. Booster-Impfungen zu beauftragen.

Mit den täglich steigenden Schließungen bzw. Einschränkungen von Schulen sind nicht nur negative Folgen für Kinder und Jugendliche verbunden. Auch Lehrkräfte erkranken häufiger und werden erneut über Gebühr belastet. Das gilt insbesondere, wenn zusätzlich zum Präsenzunterricht Angebote für Kinder unterbreitet werden müssen, die erkrankt oder abgesondert sind. Es ist zu erwarten, dass das Aussetzen der Schulpflicht, das nicht nur politisch diskutiert wird, diese Belastungen weiter erhöht. Es ist erforderlich, hier umgehend Abhilfe zu schaffen.

Bei allem Wunsch nach kontinuierlichem Präsenzunterricht bezweifeln wir gegenwärtig stark, dass sich dieser in den nächsten Wochen tatsächlich durchhalten lässt. Notwendig werdende Entscheidungen zum Übergang zu Wechselunterricht, zu eingeschränktem Regelunterricht oder Schulschließungen sollten nicht wieder so spät getroffen werden, dass sie gezwungenermaßen länger andauern müssen.

Für Rückfragen und Gespräche auch zum Bereich der frühkindlichen Bildung stehe ich selbstverständlich zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Uschi Kruse
GEW- Landesvorsitzende